Hasspostings: Bis zu fünf Jahre Gefängnis möglich

Jugendparlament verabschiedet einstimmig Hate-Speech-Gesetz

Wien (PK) – Hasspostings im Internet müssen nachdrücklicher sanktioniert werden, findet das Jugendparlament und verabschiedete heute einstimmig eine Strafrechtsnovelle, die den Verhetzungsparagrafen entsprechend erweitert. Die TeilnehmerInnen aus Oberösterreich, die auf Einladung von Nationalratspräsidentin Doris Bures diesmal das Jugendparlament bildeten, bekannten sich im Plenarsaal des Nationalrats deutlich zu ihrem Engagement gegen Online-Hassrede. Bei der Plenarsitzung unter Leitung des Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer machten die RednerInnen aller Fraktionen eines klar: Wer in welcher Form auch immer gegen andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Behinderung hetzt, kann sich nicht auf die Meinungsfreiheit berufen – denn Verhetzung sei ein Akt der Gewalt.

Die Regierungsvorlage zur Novelle des Strafgesetzbuchs (StGB), das Hate-Speech-Gesetz, hatte der Ausschuss des Jugendparlaments im Vorfeld in weiten Teilen geändert. Zum einen wurde der Kreis von Personen, die besonders vor Hetze zu schützen sind, erweitert, zum anderen adaptierten die JungparlamentarierInnen die Strafbestimmungen. Demnach drohen sechs Monate bis fünf Jahre Freiheitsstrafe, wenn ein Aufruf zur Gewalt tatsächlich zur Gewaltanwendung führt, drei Jahre, wenn es bei der Aufstachelung bleibt. Eine Obergrenze von fünf Jahren Haft sind wiederum im Strafrahmen für die Verbreitung von Hate Speech über Printmedien, Rundfunk oder Internet vorgesehen. Öffentliche Beschimpfungen von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe sollen mit bis zu 18 Monaten Gefängnis geahndet werden.

In mehreren Entschließungsanträgen richteten die Jugendparlament-Abgeordneten der Regierung überdies aus, was sie an Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt im Internet und öffentliche Hassrede, auch in der Politik, erwarten und wie ihrer Meinung nach der Opferschutz bei derartigen Vergehen zu verbessern ist. Der Großteil dieser Anträge fand Zustimmung im Plenum.

Internet verbreitet Hetze schneller

Social Media ermögliche die schnelle Verbreitung von Hassparolen, gab Abgeordneter Leonard Reder (Türkis) in seiner Erklärung für den fünfjährigen Strafrahmen bei derartigen Delikten zu bedenken. Zumal Verhetzung einen Gewaltakt darstelle, wie Weiß-Mandatarin Lucia Herber betonte. Darin stimmte sie mit Seline Unterwaditzer (Violett) und mit Anna Gindl (Gelb) überein, wiewohl diese Mandatarinnen die Strafbestimmungen in der Novelle teilweise als zu streng befanden. Namens Türkis verlieh Johannes Jerczynski seiner Hoffnung Ausdruck, dass bald auch die Möglichkeit zur Leistung von Sozialdiensten Eingang in die Strafbestimmungen zur Novelle findet, um TäterInnen zu einem Einstellungswandel zu bewegen.

Auf die im Gesetz ausgewiesenen Personengruppen, die vor Diffamierung zu schützen sind, gingen Katrin Aflenzer vom Klub Weiß und Benjamin Winhart von der Türkisen Fraktion im Detail ein. Winhart meinte dazu, schon aufgrund der aktuellen Migrationsbewegungen sei die Ausweitung der in der Originalvorlage genannten Gruppen notwendig gewesen. Martin Ou (Gelb) hielt fest, nicht nur die im Gesetz spezifizierten Gruppen seien eigentlich schützenswert, sondern alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder ihrer Religion, was Violett-Mandatarin Lena Kerschbaummayr sowie die Weiß-Abgeordneten Hannah Wöß und Laura Hegenberger bestätigten. Johannes Wallner (Türkis) merkte zur Verteidigung der abgeänderten Novelle an, man habe nun die wichtigsten Gruppen in den Gesetzestext einbezogen.

Die Argumente für gesetzlichen Schutz vor Verhetzung, gerade im Internet, fassten die Abgeordneten Lorenz Schober (Türkis), Sebastian Pass (Weiß), André Wimhofer (Violett) und Oliver

Böhm (Türkis) zusammen. Weil bei der Onlinekommunikation der direkte Kontakt zum Gesprächspartner fehlt, seien Grenzen des Vertretbaren leicht zu überschreiten, sagte Schober und Pass findet, jeder Mensch sei verantwortlich für seine Taten - die Jugend als Zukunft des Landes müsse bei der Nutzung neuer Medien mit gutem Beispiel vorangehen. Nach den schrecklichen Terrorattentaten von Paris, so Böhm, habe der Gesetzgeber alles zu tun, um Hetze zu stoppen, denn Meinungsfreiheit ende dort, wo Hetze beginnt, unterstrich Wimhofer.

Opferhilfe und Präventionsarbeit Herzensanliegen im Jugendparlament

Einstimmig angenommen wurde ein Allparteien-Entschließungsantrag zur Bereitstellung von Therapiemaßnahmen für Opfer von Hetzreden und Gewaltaufrufen. Die Kosten solcher Therapien sollten von den TäterInnen mitgetragen werden. Türkis-Abgeordnete Laura Feldbauer appellierte in diesem Zusammenhang an die Regierung, Opfer von Hate-Speech nicht alleine zu lassen.

Mehrheitliche Zustimmung im Plenum gab es für einen Weiß-Türkis-Antrag, der auf die Vermeidung diskriminierender und abwertender Sprache in der parteipolitischen Kommunikation abzielt. Wie Mandatar David Decker (Weiß) skizzierte, sollte innerhalb der nächsten zwölf Monate ein Kodex mit Vorgaben zur politischen Kommunikation erstellt werden. Als Schwerpunkte werden Diskriminierungsfreiheit, Menschenwürde und Toleranz erwartet. Von einer breiten Mehrheit getragen wurde auch eine von Jakob Mayr (Weiß) eingebrachte Forderung der Klubs Weiß, Gelb und Türkis, mit Informationskampagnen und Workshops an Schulen sowie Lehreinrichtungen mehr Bewusstsein über die Probleme von Hetzreden zu schaffen; ebenso verließ ein Weiß-Türkis-Aufruf das Jugendparlament, SchulleiterInnen zur Aufklärungsarbeit über Risiken und Gefahren von sozialen Medien zu verpflichten. Notwendig seien etwa entsprechende Workshops mit externen Fachleuten, drängte Sophie Holzschuster (Weiß). Moritz Himsl (Gelb) bekräftigte, je früher die Information über Gefahren von Hassrede bei Kindern und Jugendlichen erfolge, desto besser.

In der Minderheit blieb dennoch eine Initiative von Violett, in der Aufklärungsarbeit schon in den Volksschulen verlangt wird, wie Daniela Krebelder namens ihrer Fraktion schilderte. Ihr Fraktionskollege Laurenz Luger konnte mit seinem Plädoyer für Bewusstseinsbildung ab der ersten Klasse Volksschule auch keine Stimmenmehrheit für den Vorschlag erreichen. Ebenfalls abgelehnt wurde ein von Marlene Bauer (Türkis) präsentierter Vorstoß, mit Werbekampagnen im Rundfunk die Bevölkerung für die Folgen von Hate-Speech und Verhetzung zu sensibilisieren. (Schluss)